

Rießauer Tagblatt

Buchdruckerei
Kugelblatt Wiesa.
Gesamt Nr. 20,
Berlin Nr. 22.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Kreishauptmannschaft Großhennersdorf, des Amtsgerichts und der Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Wehlen beständigerweise bestimzte Blatt.

Stadtbibliothek
Dresden 1880.
Gesetzliches
Werk Nr. 52.

M 67. Montag, 19. März 1928, abends. **81. Jährg.**

Südwestische Kinderheiligenpolitik.

Die Wahlen zum Sejm, in einem stärkeren Maße noch die Wahlen zum polnischen Senat, haben Piłsudski, wenn auch nicht die absolute Parlamentsmehrheit, so doch zum mindesten einen starken parlamentarischen Rückhalt gegeben. Der Piłsudski-Block ist die stärkste Partei im politischen Parlament. Er setzt sich zwar aus den heterogensten Elementen zusammen, aber er verfügt dennoch über ein Programm, das klar umrisSEN ist und jetzt nach eingelöst werden muß. In vielen Punkten wird dieses Programm auch innerhalb des Kreises des Piłsudski-Blocks auf Schwierigkeiten stoßen. Auch dies nur die Folge der merkwürdigen Zusammensetzung dieses Blocks, aus Vertretern aller Schichten der Bevölkerung, aller Berufsinteressen, aus Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter, von Gruppen, die in kultureller Beziehung schwerlich in einer Front marschieren können. Nichtsdestoweniger enthält dieses Piłsudski-Programm in allen Fragen, die die Behandlung der Minderheitenprobleme bedingen, gute und beständige Aussichten auf seine Durchführung. Die Politik, die Piłsudski in Zukunft den Minderheiten gegenüber einzuschlagen gedenkt, wird sich vermutlich in der Form wesentlich von früheren polnisch-nationalistischen Tendenzen abheben. Hiermit soll nicht gelagert werden, daß Piłsudski in Zukunft mit seiner Minderheitenpolitik nicht dieselben Ziele verfolgen will wie früher. Auch der neue Kurs des polnischen Nationalheros geht aus dem Willen hervor, nur die Interessen des polnischen Staatsvolkes zu vertreten, nur dem polnischen Nationalgedanken zu dienen, die Minderheitenfrage nur in einer Weise zu lösen, die diesem Gedanken nicht und ihn auf eine starke Grundlage setzt. Piłsudski ist ein Chauvinist, wie alle die bisherigen verantwortlichen Führer des neuen Polen Chauvinisten waren. Über er unterscheidet sich von den übrigen Nationalisten doch insfern, als er reale Erwägungen und sachliche Gesichtspunkte nicht durch einen dogmatischen Nationalismus überwuchern lassen will. Er erkennt durchaus die großen Gefahren an, die durch einen starken Minderheitenblock dem Volentum als solchem erwachsen. Auch er beabichtigt daher, diese Minderheiten politisch unschädlich zu machen, wenn er auch dieses Ziel auf einem anderen Weg zu erreichen sucht. Als flüger Politiker hat er eingesehen, daß einige Provokationen, einige Schikanen, Terror und rücksichtslose Unterdrückungsmaßnahmen den Widerstandswillen der Minderheiten eher stärken als ihm abschwächen. Besonders hier, wo es sich um Minderheiten handelt, die zum größten Teil einem gebundenen Kulturfreiheit angehören, durchweg aber alle sich in Gebietsteilen befinden, die an Länder grenzen, die diesem Widerstand von Natur aus reiche Nahrung zuliehen lassen. Da also Piłsudski eingesehen hat, daß er mit Zwangsmitteln nicht zum Ziele kommt, so versucht er es jetzt mit Buderbrodt. Das Programm des neuen Piłsudski-Blocks will sich bemühen, die scharfen Gegensätze zwischen Minderheiten und dem Volentum abzuschwächen. Dies nicht etwa im Interesse der Minderheiten, sondern nur in der Erwägung, daß durch eine solche Abschwächung der Meinungsbildungen die nationale Nachahmbarkeit der Minoritäten eingeübt werden könnte. So wird es Piłsudski wahrscheinlich auch versuchen, gewisse Elemente dieser Minderheiten zu einer positiven Mitarbeit an den Geschäften des Staates heranzuziehen, um sie womöglich dem Volentum anzunähern. Diese „Milde“ Piłsudski darf jedoch nicht darüber hinweg täuschen, daß er nach wie vor eine restlose Polonisierung der völkischen Minoritäten strebt, wenn auch durch etwas sympathischere Mittel, die gleichzeitig auch entschieden flüger und unter Umständen auch wirksamer sind als das Draußengetum gewisse Minderheitstypen.

Um sich ein Bild der völkischen Zusammensetzung des politischen Staates zu machen, vergegenwärtige man sich, daß von den 30 Millionen Einwohnern Polens ungefähr 17½ Millionen dem Polentum zuzurechnen sind. Das heißt mit anderen Worten, daß sich die Gesamtbevölkerung Polens nur aus 60 Prozent Nationalpolen und aus 40 Prozent nationalen Minderheiten zusammensetzt. Gibt es eine schärfere widerlegung eines Entente-Diktates, wenn man feststellt hat, daß durch dieses Diktat mindestens 12½ Millionen Angehörige anderer Völker, willkürlich herausgerissen aus ihren Mutterländern, der Herrschaft eines fremden Staates unterstellt werden? Man zählt in Polen heute, auch nach der Auswanderung großer Teile der Minderheiten, noch etwa 6½ Millionen Ukrainer, 3½ Millionen Juden, 1½ Millionen Deutsche, 1¼ Millionen Weißrussen, abgesehen von kleineren Minoritäten, die wir hier nicht besonders aufzuzählen. Daß diese Minderheiten zumteit in geschlossenen Siedlungsgebieten wohnen, ist auch nicht gerade ein Umstand, der den Willkürakt der Friedensverträge zu ent-

schuldigen vermag.
Wenn auch gewisse Anzeichen dafür sprechen, daß die Politik Bilsubilis den Minderheiten gegenüber in Zukunft mildere Formen erhalten soll, so tut man doch gut daran, einen Optimismus so lange fort zu lassen, als bis es sich erwiesen hat, ob die verständigere Denkschrift Bilsubilis sich auch gegen die nationalistisch-chauvinistischen Elemente in Polen durchsetzen vermag. Eine Probe aufs Exempel könnte hier die Frage sein, ob Bilsubilis sich dazu entschließen wird, die angeblich von untergeordneten Instanzen erlassene sogenannte Grenzonenverordnung wieder aufzuheben. Dieses Grenzonen-gebot trägt unbedingt den Charakter eines Sonderrechtes gegen die deutschen Minderheiten. Will also Bil-

Rußland lenkt ein.

Die Unterredung Großdorff-Ronkau-Schüttföherin.

Der amtliche russische Bericht.

Leere Ausflüchte Tschitscherins.

Il Rowna. Wie amtlich aus Moskau gemeldet wird, hatte Außenminister Tschitscherin mit dem deutschen Botschafter Graf Brodowski-Rauhau eine Unterredung über den Abbruch der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen. Tschitscherin habe darauf hingewiesen, daß die Vorezung zu Verhandlungen mit dem Ziele einer weiteren Förderung der Handelsbeziehungen und einer Steigerung des Warenaustausches von der deutschen Regierung im November vorletzten Jahres vor Eintritt der deutschen Regierungskrise erfolgt sei. Die Sowjetregierung sei auf diesen Vorschlag eingegangen.

Die Regierungskrise in Deutschland, die mit den Hanselbvertragverhandlungen zusammengefallen sei, habe anscheinend die Möglichkeit einer Weiterführung der Verhandlungen verhindert. Diese Tatsache sei auch von der deutschen Presse während der Verhandlungen hervorgehoben worden. Jetzt habe nun Deutschland die Verhaftung einiger deutscher Ingenieure, die belohnt würden, an der wirtschaftlichen Gegentevolution teilgenommen zu haben, dazu benutzt die Berliner Verhandlungen abzubrechen. Damit habe Deutschland die Verantwortung für die Folgen des Abbruches übernommen. Dab die Verhaftung einiger deutscher Ingenieure nicht als Grund für den Abbruch der Verhandlungen dienen könne, sei selbstverständlich (!). Die Verhaftung der deutschen Ingenieure sei durch die sowjetischen Gerichtsbehörden auf Grund der Gesetze der Sowjetunion verfügt worden, die gleiche Geltung für alle hätten, die sich in der Sowjetunion ansiedeln. Alle Versuche, einen Druck auf die sowjetischen Gerichte auszuüben, seien von vornherein zu Mißerfolg verurteilt.

Grußwort am Anfang der deutschen Sagenbücher.

)(Moskau. Volkskommissar des Auswärtigen Tschischtscherin teilte dem deutschen Botschafter mit, daß Oberingenieur Goldstein und Ingenieur Wagner freigelassen werden sind.

Zu der Freilassung des Oberingenieurs Goldstein und des Ingenieurs Wagner durch die Sowjetbehörden berichten Vossische Zeitung und Volksanzeiger, daß Goldstein die Ausreiseerlaubnis bedingungslos erhielt worden sei, daß aber Wagner in Ausland bleiben müsse, um sich für die Gerichtsverhandlung zur Verfügung zu halten. Eine Haftentlassung der noch in Haft befindlichen vier deutschen Ingenieure soll wie die D.A.Z. aus Moskau berichtet, nicht möglich sein, da die Sowjetbehörden behaupten, daß gegen sie stark belastendes Material vorliege.

Einer unbestätigten Moskauer Nachricht des Vorwärts folge soll jedoch auch der deutsche Ingenieur Otto wieder auf freiem Fuß gesetzt sein, aber ebenfalls Russland nicht verlassen dürfen.

* R o w n o . Wie aus Rostow gemeldet wird, begab sich Sonnabend früh Vertreter der Staatsanwaltschaft in das Gefängnis, in dem sich die deutschen Ingenieure in Haft befinden und benachrichtigten den Oberingenieur Goldstein davon, daß er aus der Haft entlassen und aus der Sowjetunion ausgewiesen sei. Goldstein begab sich sofort nach Moskau. Der gleichfalls freigelassene Ingenieur Wagner ist am Sonnabend abend von Rostow nach Moskau abgereist und wird zusammen mit Goldstein heute das Gebiet der Sowjetunion verlassen. Die Haft hat auf den Gesundheitszustand Goldsteins schwer eingewirkt. Nach Ansicht der Ärzte wird er einen längeren Erholungsaufenthalt antreten müssen, um seine Gesundheit wieder herzustellen.

Ein heimgelehrter Ingenieur schildert die Vorgänge in Auckland.

1) Berlin. Im Laufe des Sonntags traf der Diplom-
tugurieur und Börsemeister Hermann Gille aus Rus-
land in Berlin ein. Er schickte einem Berichterstatter der
"Montag" seine Gedanken und Erfahrungen während der let-

subisti, wie es sein Programm sagt, die Gegenfahre zwischen den Minderheiten und dem Volentum einzämmen so weiß er, wie sich der erste Schritt zu gestalten haben, er zur Verwirrung seiner angeblichen Absicht

Große Abstimmungsfürdebung in Gleimitz

(X) Gleiwitz. Aus Anlaß der Wiederfeier des Abstimmungstags fand hier eine große Kundgebung der Flüchtlinge und der Bevölkerung der Stadt Gleiwitz statt. Nach einer Ansprache des Oberbürgermeisters und Pranjniederlegung am Abstimmungsdenkmal wurde eine einstimmig angenommene Entschließung zur Verlesung gebracht, die an den Völkerbund gelangt werden wird. Sie wird darin betont, daß die fürzlichen Wahler in Ostsiedlern erneut bewiesen hätten, daß dieses Land deutsches Land mit deutscher Bevölkerung sei, trotz des Terrors und der Unterdrückung, die auch jetzt wieder eingesetzt hätte.

ten Tage in Stuhlsand: „In der Nacht vom 5. zum 6. März wurden wir in Studischenowo durch harsches Klopfen an der Tür geweckt. Es meldeten sich Beamte des Geheimdienstes der S. P. II. und Soldaten der Miliz, die Einlaß forderten. Ich teilte mit dem Oberingenieur Goldstein ein Zimmer. Wir öffneten. Die Beamten legitimierten sich und erklärten Herrn Goldstein für verhaftet. Gleichzeitig wurde der Ingenieur Otto und der Monteur Wagner, die andere Zimmer im selben Hause bewohnten, arretiert und am folgenden Morgen noch der Monteur Wagner, der sich in Gorlowka befand. Goldstein war sehr gefangen und ruhig. Er bat mich sofort nach Berlin zu telegraphieren. Wir ersuchten die Beamten um eine Erklärung, worauf sie erwiderten, sie wüssten selber nicht. Sie handelten im Auftrag der S. P. II., und dieser müsse erfüllt werden. Darauf verlangten wir bringend nach einem Dolmetscher, worauf man uns auf Stalin vertröstete. Ich habe den Oberingenieur Goldstein zum Wagen begleitet. Er wurde in einem Fuhrwerk abtransportiert. Ich half ihm in eine Decke ein, denn es war bitter kalt, und die Fahrt ging schwer durch die Steppe. Wir wollten uns noch unterhalten, noch ein paar Worte wechseln; aber das wurde untersagt. Ich reiste dann andernfalls mit einem Monteur sofort nach Charfom zum Generalkonsulat, das noch nichts von den südlichen Verhaftungen wußte. Der Generalkonsul, den wir sohnliegen aus dem Bett holten — es war am frühesten Morgen —, war außerordentlich zuvorkommend und sagte, daß er alles tun würde, um die Bandenleute frei zu bekommen. Er lehnte sich sofort mit der deutschen Botschaft und dem russischen Auswärtigen Amt in Verbindung. Andernfalls fuhr ich wieder nach Studischenowo zurück. Dort waren alle Deutschen in den Proteststreik getreten, der 2 Tage andauerter. Darüber hinaus haben die Montureure der AGO weiter gejagt, und es ist anzunehmen, daß sie auch heute noch die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben. Sie haben erklärt, es sei ihnen gleich, ob es sich hier um Ingenieure oder um Montureure handele. Ausdrücklich sei, daß es sich um Deutsche handele, und lediglich aus diesem Grunde würden sie nicht eher die Arbeit wieder aufnehmen, bis ihre Bandenleute wieder in Freiheit wären. Dieser Streik hat bei den russischen Arbeitern im Werk wie überwältigt bei der russischen Bevölkerung tiefen Eindruck gemacht.“

Auch hier russische Ingenieure freigelassen.

Die „Montagsspät“ melbet aus Moskau: Zusammen mit den beiden deutschen Ingenieuren Goldstein und Wagner sind vier verhaftete russische Ingenieure aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Insgesamt sind wegen konterrevolutionärer Verschwörung in dieser Sache 60 Spezialisten im Namen Schröder verhaftet worden. Die Untersuchung wird von den Charkower Behörden durchgeführt und soll nach Auskunft des dortigen Staatsanwalts in Beiseilungt werden, bis der Prozeß schon Mitte April stattfinden kann. Der Prozeß wird vor dem Moskauer Obergericht geführt werden.

"Ruf' und leucht' ein."

* 20. 2. (Teil.) Wie aus Moskau gemeldet wird, bespricht die "Iswestija" in einer politischen Redaktionsschau die Spannung zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Das Blatt hofft, daß durch die Verhandlungen zwischen Tschitscherin und Graf Brockdorff-Ranftu die Spannung beseitigt worden sei. Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen würden durch den Abbruch der Wirtschaftsverbindungen sowohl für Deutschland als auch die Sowjetunion großen Schaden erleiden. Die "Iswestija" ist mit der Haltung der deutschen Presse wenig zufrieden und schreibt, daß die Verhaftung deutscher Staatsangehöriger in Russland kein großer politischer Fall sei und in der nächsten Zeit seine Regelung finden werde. Die Sowjetunion werde alle Maßnahmen ergreifen, um die deutsch-russischen Beziehungen in Ordnung zu bringen.

Dieser Artikel wird als ein Erfolg der deutschen Diplomatie in der Angelegenheit der Verhaftung der deutschen Agenten bezeichnet. Man erwarte, daß die Sowjetregierung nördlich weitere Schritte unternehmen wird, um

Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sich im Völkerbund endlich die Erkenntnis Bahn brechen möchte, daß das Geheime Protokoll ein Irrethum gewesen sei, daß Oberösterreich ein unmittelbarer Teil Deutschlands und ein unteilbares Ganzes sei, das infolge seiner hohen deutschen Kultur nur in Verbindung mit seinem Mutterlande Deutschland in Glück und Frieden bestehen könne. Es wird daher die Rückgabe der losgelösten Gebiete an Deutschland und bis zu diesem Zeitpunkt ein größerer Schutz der vom Völkerbund garantierter Minderbevölkerungsrechte verlangt.

Das Unterseeboot S 4 gehoben

X Providence town. Das Feuerziel nach einem Zusammenstoß mit dem Torpedoboatzerkörer Danting mit der ganzen Besatzung gesunkene Unterseeboot S 4 ist gestern nachmittag 8.37 Uhr von den Bergeschiffen an die Oberfläche gehoben worden. Die Hebung erfolgte durch Seebepontons, nachdem Luit in den Schiffkörper gepumpt worden war. S 4 wird nach Boston geschleppt werden.